

Flieht den Fahnen!

Tobias Pflüger, bekannt wegen seines Aufrufes an die Soldaten aller Kriegsparteien im NATO-Krieg gegen Jugoslawien, den Kriegsdienst zu verweigern oder zu desertieren, hat erneut zur Fahnenflucht aufgerufen. Anlass ist die militärische Mobilisierung in den USA und in anderen NATO-Staaten im Zusammenhang mit den Terroranschlägen in New York und Washington. Seine Aufforderung, "Befehle, die verfassungswidrig und völkerrechtswidrig zur Teilnahme an Rachekriegen auffordern", zu verweigern, begründet Pflüger damit, dass ein Bündnisfall nach Artikel 5 der NATO nicht gegeben sei. "Terrorismus ist kein Krieg", so Pflüger.

Auch juristisch hält der Pazifist seine Aktion und Argumentation für wasserdicht: Immerhin konnte Pflüger für seinen ersten Aufruf zur Fahnenflucht schon nicht gerichtlich verurteilt werden - der Freispruch durch das Landgericht Tübingen ist nunmehr rechtskräftig.

Wer sich dem Aufruf anschließen will, kann dies tun unter der Email-Adresse: aufruf@tobias-pflueger.de.

Caritas im Balkan

In der vor kurzem erschienenen Caritas-News-Broschüre stellt die Hilfsorganisation ihre Arbeit in den Balkanländern vor. Die verschiedenen Projekte werden sachlich und ohne Schönfärberei beschrieben. Letzteres gilt auch für das umstrittene Unterstützungsprojekt für RückkehrerInnen nach Montenegro. Über die Abschiebungen dagegen schweigt sich die Broschüre aus.

Im Editorial hinterfragt Caritas-Direktor Erny Gillen immerhin den Zweckoptimismus und die Spenderfreudigkeit der internationalen Gemeinschaft. Dann schreibt er: "Gesellschaftspolitische Stellungnahmen scheinen verpönt zu sein. Die Caritas soll ihre Arbeit im Stillen tun, und deren Spender/innen sich auf die Einschätzung der Berufspolitiker verlassen." Wird die Caritas diese Einschränkungen akzeptieren? Darauf gibt Erny Gillen leider keine Antwort.

Opportunism Watch

L'organisation de défense des droits de l'homme américaine Human Rights Watch prévient: sous couvert de la poursuite des responsables des attentats du 11 septembre, certains gouvernements pourraient être tentés de justifier ou d'intensifier leurs propres violations des droits de l'homme. L'ONG y a consacré une page de son site, où huit pays figurent déjà au palmarès.

www.hrw.org/campaigns/september11/opportunismwatch.htm

Tchéchénie et Colombie

Un exemple flagrant d'opportunisme politique se trouve en Tchétchénie, où la répression de l'armée russe contre la population civile s'est intensifiée. A l'occasion de la visite de Poutine à Berlin, l'ONG "Gesellschaft für bedrohte Völker" a organisé un piquet [Mahnwache] afin de rappeler cette situation. "Nous avons honte que Poutine, qui terrorise quotidiennement des civils, puisse référer du combat antiterroriste devant les représentants élus du peuple allemand." Les pires attentes de la GfV ont été confirmées: Gerhard Schroeder a dit ouvertement qu'à la lumière des attentats il convenait de réapprécier la politique russe en Tchétchénie.

Entretemps, à l'autre bout du monde, le gouvernement colombien, forces paramilitaires à l'appui, mène une guerre contre les populations indiennes des territoires contrôlés par les guérillas. Le magazine "de l'air" publie un reportage sur les Communautés de paix qui cherchent à se soustraire à la spirale de la violence. Ce sont les Etats-Unis qui, sous couvert de sa lutte anti-drogue, appuient par de l'argent et des armes ceux qui mènent une guerre sale au mépris des droits de l'homme.

Deux genres pour faire un monde

Cette exposition ludique et interactive, conçue par les organisations belges "Entraide et Fraternité" et "Action vivre ensemble", permet à chacun de découvrir les différents aspects des relations entre femmes et hommes dans le monde, en fonction du contexte social, économique et politique. Il s'agit de susciter une réflexion à propos des relations entre hommes et femmes, aussi bien dans les pays du Sud que du Nord.

"Elle et lui, deux genres pour faire un monde", Centre culturel "Al Schmelz" à Steinfurt du 2 au 6 octobre. L'exposition est ouverte du mardi au vendredi de 10 à 19 heures (vendredi jusqu'à 20 heures) et le samedi de 10 à 20 heures. L'entrée est gratuite.

TERRORISMUS UND KOLONIALISMUS

Der universelle Wert des Menschenlebens

Claude Grégoire belegt ausführlich die Doppelmoral der selbst genannten zivilisierten Welt. Aus Platzgründen drucken wir nur Auszüge dieses Leserbriefs. Der gesamte Text ist auf unserer Site woxx.lu zu finden.

(...) Präsident Bush sprach vom "Krieg gegen Amerika". Andere westliche Politiker stimmten ihm zu: Es sei "ein Anschlag gegen die Freiheit, gegen die Demokratie, ja gegen die Zivilisation schlechthin". (...)

Die Rhetorik ließ mich plötzlich gefrieren. War auf einmal alles so einfach? Alle Politiker mit Schlips gehörten zur einzigen, umfassenden Zivilisation und alle Terroristen trugen Turban? Und die "Kräfte des Guten" würden ihren Kreuzzug gegen die "Kräfte des Bösen" in Angriff nehmen?

Herr Putin erklärt sich also bereit "gegen den Terrorismus zu kämpfen". Das hat er doch immer schon gesagt ... und getan. Es steigen Bilder in mir hoch vom zerstörten Grosny, das in seiner Gesamtheit aussieht wie die Straßen um das World Trade Centre, eine ehemalige Hauptstadt, die von Putins Militär fast von der Landkarte ausgeradiert wurde. (...) Wo sind die Terroristen, wo sind die Demokraten? Die Vereinigten Staaten, ein 300-Millionen Land, hat 5.000 Menschen bei dem schrecklichen Anschlag verloren, Tschetschenien, wo vor der Massenflucht eine Million Menschen lebten, hat 50.000 Menschen verloren, dabei allein in Grosny 5.000 Kinder. Und es sind keine Fernsehteams dabei, wenn die Überlebenden versuchen, mit ihren Schmerzen zurechtzukommen, es wird ihnen keine psychologische Hilfe angeboten.

Auch der israelische Präsident Scharon stellt sich gerne als Vorposten im Kampf gegen den Terrorismus dar. Mit seiner Genehmigung wurden allein in

den letzten 12 Monaten 150 palästinensische Kinder erschossen, auch alles "Terroristen", die Steinchen gegen Panzer warfen. (...) Eigentlich nennt man so etwas Kolonialkrieg, doch Israels Regierung "bekämpft den Terrorismus". Sie weiß, auch wenn die Weltgemeinschaft sie fortgehend für ihr Verhalten verurteilt, die USA werden jede Resolution in der UNO mit ihrem Veto blockieren. (...)

Das Hauptanliegen westlicher Politik gegenüber moslemischen Ländern ist auch nie Demokratie oder das Wohlergehen der Bevölkerung gewesen. Es ging immer um Profit und Sicherung der Erdölreserven. Im Iran wurde einst das brutale, undemokratische Regime des Schahs unterstützt. Dann, nachdem die Mullahs an die Macht kamen, wurde Hussein im Irak aufgerüstet gegen den Iran. Der Krieg zwischen den beiden Ländern forderte fürchterliche Opfer unter der Zivilbevölkerung. Schließlich, als Iraks Armee so stark war, dass sich Israel bedroht fühlte und nach der Kuweitinvasion, ließ die westliche Propaganda Hussein zum leibhaftigen Teufel erklären. Schließlich wurde seine Armee und seine Wirtschaft von den amerikanischen Militärstrategen und dem "Desertstorm"-Bündnis aufgerieben. Das Volk litt schrecklich und blutet bis heute, während der Diktator im Amt gelassen wurde. In Afghanistan kamen die Taliban mit amerikanischer und pakistanischer Unterstützung an die Macht, weil die USA sich Zugang zu den Erdölreserven der früheren Sowjetrepubliken verschaffen wollten. (Dem Kommandan-

ten Massud, der Offenheit und Demokratieverständnis zeigte, traute man das nicht zu.)

Die aktuelle Rhetorik lässt weiter viel Blutvergießen befürchten. Ohne Zweifel haben die Amerikaner das Recht, die Urheber des Massakers vom 11. September vor Gericht zu bringen und zu bestrafen. Soll jetzt aber ein Krieg als Vergeltung für den Terroranschlag begonnen werden, diesmal getragen von einem Bündnis der "zivilisierten", heißt reichen Länder gegen eines der ärmsten Länder der Erde, ein Volk gebombt und gejagt werden, das seit der brutalen Invasion der Sowjetarmee nicht mehr zur Ruhe kommt? (...) Sollen gefährliche Unruhen in anderen islamischen Ländern in Kauf genommen werden, während die Lösung des Palästina-Konfliktes, die doch von zentraler Bedeutung wäre, in weite Ferne rückt?

Ich wünsche mir, dass die europäischen Regierungen trotz der nicht endenwollenden Fernsehbilder und der Kreuzzugerhetorik des amerikanischen Präsidenten (ist er sich bewusst, welche Assoziationen das Wort "Kreuzzug" bei moslemischen Menschen bewirkt?) Vernunft bewahren, wie es Premier Jospin formuliert, und nicht den Blick vor planetarischen Zusammenhängen verschließen. Die westlichen Länder haben gegenüber den Ländern der Dritten Welt genug Blut an den Händen ... Es gab ja sehr viele Solidaritätskundgebungen mit den amerikanischen Opfern. Ich habe am letzten Freitag mitgeschwiegen, allerdings indem ich auch den Ruandern, Irakern, Kurden, Tibetern und Vietnamesen gedacht habe, sowie den Millionen unschuldiger Minenopfer in der Dritten Welt (in der Hoffnung, dass die USA doch endlich das Abkommen zu einem weltweiten Verbot von Landminen mitunterzeichnen werden ...)

Claude Grégoire

Miss Liberty, New York

**ABSCHIEBUNGEN**

Was machen wir mit den Flüchtlingen?

Gisèle Gillen bedauert die mangelnde Anteilnahme der Luxemburger Bevölkerung an den Abschiebungen. Sie erinnert daran, dass diese Fremdheit durch politische Entscheidungen auf- statt abgebaut wurde.

Es ist ein reiches Land, das sich diese Frage gestellt hat, und die Frage wurde schnell, zu schnell beantwortet: Wir fangen sie einzeln ein und schicken sie zurück.

Im Moment läuft still und tröpfchenweise und teilweise in Handschellen die Abschiebung unserer Flüchtlinge. Das mit den Handschellen ist uns ja peinlich, aber wenn sie partout nicht freiwillig in ihr Elend zurückkehren wollen, muss nachgeholfen werden. Für die Frauen und Kinder, die dabei sind, tut es uns ja ein wenig leid, aber die jungen Männer mit ihren Adidas-Streifen und Handys werden in Zukunft unsere Busse und Züge nicht mehr bevölkern. Alles hat halt seine Ordnung und es kann ja nicht jedem so gut gehen wie uns Luxemburgern. Sie haben nun mal die falsche Nationalität und vor allem die falsche Religion, um an unserem europäischen Wohlstand teilnehmen zu können. Da werden wir in Zu-

kunft lieber in katholischen Ländern rekrutieren, um den akuten Mangel an Arbeitskräften im Baubereich, im Hotelgewerbe, in der Landwirtschaft zu beheben,

Am Anfang waren wir gerührt, als wir allabendlich die Züge der Flüchtlinge über die Berge ziehen sahen und wir waren auch gerührt über unsere eigene Güte, als wir sie hier in Luxemburg aufnahmen. Dieses Gefühl verflog ziemlich schnell. Es folgte das Gefühl der Irritation darüber, dass all diese jungen Männer offensichtlich nicht arbeiteten. Dass man sie nicht arbeiten ließ während den durchschnittlich zwei Jahren, in denen die meisten von ihnen hier -waren, sagte man uns nicht: Die Sozialarbeit des Familienministeriums reduzierte sich im Laufe dieser zwei Jahre mehr und mehr auf die Kontrolle, ob nicht doch einer der Flüchtlinge illegal arbeite. (...)

Arbeit wurde zur kriminellen Tätigkeit und der Kriminalität

verdächtige man die Jugoslawen sowieso, obschon sogar der Justizminister öffentlich kundtat, dass die Kriminalität seit Ankunft der Flüchtlinge nicht angestiegen sei. Nach zwei Jahren hat sich herausgestellt, dass die wilden Messerstecher unter ihnen wohl doch eher die Ausnahme bilden und eigentlich müsste man zugeben, dass die meisten von ihnen anständige Menschen sind, die ihre Kinder genau so lieben, wie wir unsere, und die alles dransetzen, um diesen Kindern die Rückkehr in die Unsicherheit und das Elend zu ersparen. All die Flüchtlinge, die nicht unter die legendär großzügige Regularisierung fallen und das sind die meisten, werden in den nächsten Monaten eingefangen und abgeschoben und wir schauen zu, wie wir schon mal zugeschaut haben, als Menschen abtransportiert wurden.

Wir kennen die Schicksale nicht, die dahinter stecken, wir wissen nicht, dass ihre Kinder schon luxemburgisch sprechen und dass sie alle Luxemburg super finden, obschon sie hier mit ihren monatlich zweitausend Franken nur am Rande der luxemburgischen Wohlstandsgesellschaft geduldet waren.

Gisèle Gillen

Ellis Island, New York

